



Prof. Dr. Manfred Mols ist emeritierter Universitätsprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

„STAAT“, „GESELLSCHAFT“, „ENTWICKLUNG“ UND „GOVERNANCE“ IN ASIEN

Manfred Mols

Schon vor einem Jahrhundert begann in den USA eine ernsthafte Diskussion über die künftige Verschiebung der weltpolitischen Gewichte. Der amerikanische Präsident Theodor Roosevelt äußerte die Vision: „Die Atlantische Ära befindet sich gegenwärtig auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung und sie wird alsbald die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen erschöpft haben. Die Pazifische Ära, die die größte vor allen anderen wird, nimmt gerade erst ihren Anfang.“¹ Roosevelt und seine Berater zeigten damals eine bemerkenswerte Einsicht, die man weder in Europa noch anderswo antreffen konnte. Heute dagegen ist diese Position weit verbreitet: „Die Pazifische Ära wird von China – und niemand anderem – gestaltet werden.“² Das mag voreilig erscheinen, zumal nicht zuletzt in Deutschland ein Machtkampf in Peking beobachtet wird.³ Analysten stellen das bisherige Erfolgs- und Harmoniemodell der Volksrepublik in Frage und verweisen darauf, dass China immer mehr zu einer imperialen Weltmacht heranreift, die weit um sich greift (z.B. in Afrika und Lateinamerika), gleichwohl wachsende Verschmutzungs- und Rohstoffversorgungsprobleme in fast jeder Hinsicht kennt und wegen seiner traditionellen Binnensicht weder ein genügendes Maß an kulturell-zivilisatorischer *soft power* im Sinne Joseph Nyes noch jene von Nye neuerdings betonte Verbindung von *hard* und *soft power* im Sinne von *smart power* aufzubringen in der Lage ist.⁴

1 | Zit. nach Parag Khanna, *Der Kampf um die Zweite Welt, Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*, Berlin, 2008, 383.

2 | Ebd.

3 | Vgl. Wieland Wagner, „Schlacht der Kader“, *Der Spiegel*, 13/2012, 26.03.2012, 92, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-84519383.html> [31.05.2012].

4 | Vgl. Joseph S. Nye Jr., *The Future of Power*, New York, 2011.

„Der Aufstieg Ostasiens mit China als treibender Kraft ist der Megatrend unserer Zeit“, schreibt der Diplomat Heinrich Kreft.⁵ In solchen Äußerungen spiegelt sich gerade in Deutschland ein gewisser Grundrespekt vor dem asiatischen Osten. Die entschiedene Westbindung der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Bundesrepublik Deutschland – für Jahre keine allgemein empfundene Selbstverständlichkeit in der damals noch trizonal angelegten Bevölkerung – wurde zum internationalen Markenzeichen des neuen deutschen Staates und bedeutete letztlich die Endphase eines „Langen Weges nach Westen“ (Winkler). Die primär juristisch begründete nationale Souveränität wurde abgelöst durch eine Mehrebenen-Politik der gouvernementalen, transnationalen, ja sogar supranationalen Einbindungen (z.B. EG-Europa) und last, but not least durch subgouvernementale Engagements und Vernetzungen. Infolge dieser Entwicklung hat sich ein nicht unerheblicher Teil früherer, als konstitutiv für Staaten angesehener Souveränität und Autorität auf früher nicht bedeutende Ebenen übernationaler und subnationaler Institutionen verschoben.

DER AUFSTIEG ASIENS

China ist nie eine Weltmacht gewesen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass das „Reich der Mitte“ sich über Jahrhunderte als eine Art Zentrum der Welt verstand und bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts die vermutlich „weltgrößte Wirtschaftsmacht“ war.⁶ Zählt man das damalige Indien noch hinzu, vereinigte sich in Asien deutlich mehr Wirtschaftsvolumen als im Westen (Europa und die beiden Amerikas). Das hat sich im 19. Jahrhundert erst durch das kolonisierende Europa und das nicht minder beharrliche Auftreten der USA geradezu drastisch verändert. Der eigentliche asiatische Rivale Chinas wurde für Jahre in fast jeder Hinsicht Japan, das sich selbst mit der Meiji-Restauration (ab 1868) einem einmaligen prowestlichen Modernisierungsschub unterwarf – ohne dabei seine asiatische Verwurzelung zu leugnen. Japan war nicht das einzige ostasiatische Land, das begann, sich nach westlichem Vorbild

China verstand sich über Jahrhunderte als ein Zentrum der Welt und war bis Anfang des 19. Jahrhunderts die vermutlich „weltgrößte Wirtschaftsmacht“.

5 | Fan Gang, Michael Garrett und Jean-Pierre Lehmann, „Die Asiaten sind im Kommen“, *Die Welt*, 07.01.2005, 9, <http://welt.de/print-welt/article362468> [31.05.2012].

6 | Vgl. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, „China. Alter Glanz und neue Macht“, *Zeit Geschichte*, 1/2012, 16-19, hier: 18.

zu modernisieren. Das damalige Siam wäre hier zu erwähnen, Korea oder das damals noch koloniale Indien. Japan betrieb seine Modernisierung jedoch systematisch auf nahezu allen Gebieten damaliger Modernität: in Wissenschafts- und Technikbereichen, im Bemühen, eine konstitutionelle Monarchie zu begründen, im Aufbau einer schlagkräftigen Kriegsmarine und einer nicht zu unterschätzenden Armee. In den 1890er Jahren führte diese Entwicklung zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit China, aus denen Japan siegreich hervorging, sowie 1904 zu einem erfolgreichen Krieg mit Russland (mit dem Höhepunkt in der Seeschlacht von Tushima). Dass zum ersten Mal in der neueren Geschichte eine asiatische Macht eine europäische Macht besiegt hatte, gab den Japanern ein erhebliches Selbst-

Japan betrieb im Gegensatz zu Deutschland nach dem Krieg keine aktive Aussöhnungspolitik mit seinen zuvor unterdrückten asiatischen Nachbarn.

bewusstsein: Japan wuchs damit zugleich in eine früher nicht gekannte pazifische Rolle hinein, die es in späteren Jahrzehnten und trotz der massiven Niederlage gegen die USA am Ende des Zweiten Weltkriegs nie mehr ganz verlieren sollte. Der unmittelbare Gegenspieler blieb erst einmal China, zumal Japan im Gegensatz zu Deutschland nach dem Krieg keine aktive Aussöhnungspolitik mit seinen zuvor massiv unterdrückten asiatischen Nachbarn betrieb. Japan befand sich damals auf dem Höhepunkt seiner wirtschaftlichen Macht, die man besonders in den USA mit Argwohn zur Kenntnis nahm.

Bis zur ersten Ölkrise 1973 entwickelte sich Japan zu einer wirtschaftlichen Großmacht. Es kam zu einem lang dauernden Aufstieg, der allerdings später für mehr als ein Jahrzehnt in eine Krise der Deflation, der *bubble economy* und der Verunsicherung überging, die erst gegen Ende des vergangenen Millenniums in Ansätzen überwunden werden konnte. Japans Erfolge beruhten vor allem darauf, dass planwirtschaftliche Ansätze mit einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive kombiniert wurden. Durch eine hohe eigene Produktivität und erhebliche interne Sparleistungen, teilweise auch durch Produktpiraterie, bei einer gleichzeitigen, im internationalen Vergleich geringen Arbeitslosigkeit baute Japan eine absolut wettbewerbsfähige Industriewirtschaft auf. Im Jahr 2011 stellte Japan 14 der 60 besten Universitäten und technischen Hochschulen Asiens,⁷ seine

7 | Vgl. QS World University Rankings 2011, <http://topuniversities.com/university-rankings/asian-university-rankings/2011> [20.07.2012].

Ausgaben für Forschung und Entwicklung übertreffen seit Jahren deutlich die europäischen Durchschnittswerte. Das Bewusstsein, als erster asiatischer Staat den Sprung zu einer in vielem dem Westen vergleichbaren Moderne geschafft zu haben, einschließlich einer durch den amerikanischen Druck nach 1945 erreichten Demokratie, hat erheblich zu einem in Asien nicht alltäglichen Selbstbewusstsein beigetragen. Dieses Selbstbewusstsein war allerdings nie ganz zu trennen von historisierenden Rückgriffen der Selbstkonstruktion auf eine angeblich immer schon vorhandene eigene Moderne. Claudia Derichs⁸ weist darauf hin, dass man sich in Asien gern auf asiatische Traditionen berufe, die sich zumeist bei Lichte besehen als diskursive Postulate einer interkulturellen Gleichberechtigung mit dem politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und akademischen Westen präsentierten. Sie seien daher in der Regel „Selbstbehauptungsdiskurse“, mehr Konstruktion als Rekonstruktion zum Zwecke einer Legitimierung für eine Moderne, die nicht die eigene sei.

Japans Selbstbewusstsein war nie ganz zu trennen von historisierenden Rückgriffen der Selbstkonstruktion auf eine angeblich immer schon vorhandene eigene Moderne.

Sind diese Selbstbehauptungsdiskurse eine Selbsttäuschung? Auf der einen Seite gilt es, auf Zwischentöne eines asiatischen Protestes zu achten, wie er heute unter anderem von asiatisch-islamischer Seite artikuliert wird. „Since most secondary literature is of Western origin, human culture is rendered one-sided,“ schreibt Hassan Hanafi.⁹ Auf der anderen Seite gibt es zur Zeit keine über Einzelkulturen und Einzelstaaten hinausgehende Alternativen – es sei denn, man macht sich die Mühe kulturhermeneutischer Korrekturen, die sich aber deshalb nicht beliebig weit vom gescholtenen *colonial knowledge* entfernen dürfen, weil sonst die interkulturelle/internationale Kommunikation zusammenbräche.

8 | Claudia Derichs, „Geschichte von gestern – Geschichte von heute: Asiatische Perspektiven“, in: Peter Birle et al. (Hrsg.), *Globalisierung und Regionalismus. Herausforderungen für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika*, Festschrift für Manfred Mols, Opladen, 2002, 19-36.

9 | „Western Democracy and Islamic Democracy“, in: Hussin Mutalib (Hrsg.), *Islam and Democracy. The South East Asian Experience*, Singapur, 2004, 1-9.

DAS CHINESISCHE ODER ASIATISCH-PAZIFISCHE JAHRHUNDERT

„Die Asiaten sind im Kommen“¹⁰ – so oder so ähnlich lautet eine Vielzahl von Artikeln, die in den letzten Jahrzehnten in den Medien erschienen. China, das von 1975 bis 2004 einen Zuwachs seines Wirtschaftswachstums um fast 700 Prozent zu verzeichnen hatte¹¹ und einen überdurchschnittlichen Wachstumskurs beibehält,¹² konnte dabei Japan in der Starrolle ablösen. Indien ist heute hinzugetreten, ein Teil Südostasiens und natürlich Südkorea. Die Asiaten seien im Kommen „als Märkte, als Staaten, als Verbraucher, als Finanziere [...] als Wissenschaftler und Techniker und als Konzerne“.¹³ Die Indikatoren sind weitgehend zutreffend.¹⁴ Allerdings: Kommen die Asiaten tatsächlich auch als „Staaten“? Oder als „Gesellschaften“? Gar als „Demokratien“? Selbst wenn man dabei auch auf das internationale Auftreten Asiens anspielen würde (wozu sich Journalisten meist ausschweigen), auf ihre Fähigkeit zur regionalen Zusammenarbeit,¹⁵ auf ihren unter anderem dadurch gesicherten Beitrag zur internationalen Friedenssicherung,¹⁶ auf ihre Präsenz in den internationalen Organisationen, kurz auf ihren aktiven Eintritt in die Weltpolitik, der sich seit gut 30 Jahren unübersehbar vollzieht,¹⁷ heißt die Frage: Strahlen die asiatischen Staaten so etwas wie eine

Strahlen die asiatischen Staaten so etwas wie eine politische soft power im Verhältnis untereinander und dann auch auf andere Regionen aus?

10 | Fan Gang et al., *Die Welt*, 07.01.2005.

11 | Genauer: 687 Prozent. Vgl. *Die Zeit*, 27.01.2005, 21. Es ist dabei zu beachten, dass die chinesische Ausgangsposition weit niedriger war als die vergleichbaren Werte in anderen Regionen (China: 552 US-Dollar; Lateinamerika damals 5.053 US-Dollar).

12 | Vgl. Karl Pilny, *Das asiatische Jahrhundert. China und Japan auf dem Weg zu einer neuen Weltmacht*, Frankfurt am Main/New York 2005.

13 | Vgl. z.B. Manuel I. Hartung, „Fernöstliche Lehren“, *Die Zeit*, 05.01.2005, 72.

14 | Die einschlägigen Statistiken in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen sprechen eine eindeutige Sprache. Vgl. z.B. „Economic and financial indicators“, *The Economist*, aktuelle Ausgaben.

15 | Vgl. „Towards an East Asian Community“, *East Asian Vision Group Report*, 2001.

16 | Vgl. Manfred Mols, „Regionale Ordnungsstrukturen als ethische Chancen“, in: Hans Küng und Dieter Senghaas (Hrsg.), *Friedenspolitik. Ethische Grundlagen internationaler Beziehungen*, München/Zürich, 2003, 203-253.

17 | Vgl. Michael K. Connors, Rémy Davison und Jörn Dosch, *The New Global Politics of the Asia-Pacific*, London/New York, 2004.

politische *soft power* im Verhältnis untereinander und dann auch auf andere Regionen aus, sind also die Staaten und ihre politischen Regime und Gesellschaften Vorbilder für andere?¹⁸ Man kommt also nicht um die dreifache Frage nach Staatsqualität, gesellschaftlicher Offenheit und Demokratie herum, wenn man die Substanz politischer Ordnung in Asien diskutieren will. Im Übrigen bezieht sich die Vorbildsfrage (*soft power*) nicht zuletzt auch auf die unmittelbaren regionalen und/oder subregionalen Nachbarn. Politische Selbstisolierungen wie etwa in Myanmar (die sich im Augenblick allerdings zu lockern scheinen) und bis zu einem höheren Grade auch in Nordkorea sind auch im heutigen Asien immer mehr eine Ausnahme.

Die alte Furcht vor Japan, wie sie z.B. noch Anfang der 1990er Jahre im Zusammenhang mit der Implosion des früheren Hauptkonkurrenten Sowjetunion in dem damals vielbeachteten Band von George Friedman und Letard Meredith zum Ausdruck kam,¹⁹ ist einer neuen Diskussion um die künftige Rolle Chinas gewichen. Von deutscher Seite erschien ein Buch mit dem reißerischen Titel *Der Taifun: Japan und die Zukunft der deutschen Industrie*.²⁰ In den USA kam eine breitere Diskussion um ein chinesisches bzw. asiatisch-pazifisches Jahrhundert auf, die sich bis heute gehalten hat.²¹ Natürlich gab es immer amerikanische Gegenstimmen.²² Sie machten und machen sich fest an amerikanisch interpretierten westlichen Werten, an Handels- und ökonomischen Daten, an der trotz der beträchtlichen asiatischen Aufrüstung ungebrochenen

In den USA kam eine breitere Diskussion um ein chinesisches bzw. asiatisch-pazifisches Jahrhundert auf, die sich bis heute gehalten hat.

18 | Vgl. Manfred Mols, „Ostasiens Grenzen in der Globalisierung“, *KAS-Auslandsinformationen*, 3/2004, 4-25, <http://kas.de/wf/de/33.4547> [30.05.2012].

19 | George Friedman und Meredith LeBard, *The Coming War With Japan*, New York, 1991.

20 | Folker Streib und Meinolf Ellers, *Der Taifun. Japan und die Zukunft der deutschen Industrie*, Hoffmann und Campe, Hamburg, 1994.

21 | Vgl. Eberhard Sandschneider, „Gestaltungsmacht China. Mit Kooperation und Konfrontation zur Ko-Evolution“, *Internationale Politik*, 2/66, 44-51; Robert D. Kaplan, „Das pazifische Jahrhundert“ ist so etwas wie ein Codewort, ebd., 52-61. Zu Details der entsprechenden Diskussion vgl. auch Manfred Mols, „Vom Amerikanischen zu einem Asiatisch-Pazifischen Jahrhundert“, *KAS-Auslandsinformationen*, 9/2009, 7-44.

22 | Z.B. Alfredo G.A. Valadao, *The twenty-first century will be American*, London/New York, 1996.

amerikanischen Militärmacht und am Weltrang der amerikanischen Spitzenuniversitäten und Forschungsinstitute. Gleichwohl sind Zweifel an solchen Vorstellungen angebracht.

Schon vor Jahren stellte der angesehene singapurische Diplomat Kishore Mahbubani in einer Aufsehen erregenden Rede und nachfolgenden Schrift die Frage „Can Asians Think?“²³ – die er letztlich mit einem eindeutigen Ja beantwortet, vor allem in seinem bemerkenswerten Buch *The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East.*²⁴ Dies trifft ganz eindeutig auf die Weltökonomie zu, deren Wachstumsraten im Verhältnis zu Europa und den USA ungleich günstiger ausfallen. Andererseits sind „Staat“, „Gesellschaft“, „Entwicklung“ in ihren modernen Darbietungen westliche Kategorien,²⁵ übrigens auch der moderne Begriff *governance*.

DEMOKRATIE UND POLITISCHE ORDNUNG

Große Teile Asiens befinden sich in einem deutlichen Prozess der Modernisierung, der auch die Politik immer weniger ausschließt.

Lässt sich daher das politisch-gesellschaftliche Asien mit westlichen historischen und sozialwissenschaftlichen Begriffen erfassen oder darf man hier Fragezeichen setzen? Die

zu diskutierende Grundproblematik besteht darin, dass sich große Teile Asiens in einem deutlichen Prozess der Modernisierung befinden, der auch die Politik immer weniger ausschließt.

Ist dieses sich modernisierende Asien am Ende auf dem Weg zu demokratischen Systemen? Konkrete Fragen werden sicherer und reflektierter ausfallen als die Antworten, weil es hier nur zum Teil um eine Bestandsaufnahme geht (die im Wesentlichen unstrittig sein dürfte). Denn zum anderen Teil spielen prognostische Elemente eine Rolle, d.h. die Frage, ob es in Asien – ausgehend vom jetzt erreichten Stand von „Staat“, „Gesellschaft“, „Entwicklung“ und *governance* –

23 | Kishore Mahbubani, *Can Asians Think?*, Times Books Int., Singapur, 1998.

24 | Ders., *The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East*, New York, 2001.

25 | Vgl. „Staat und Souveränität“, in: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhard Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe – Historisches Lexikon der politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 6, Stuttgart, 1990, 1-154.

so weitergehen wird, dass sich allmählich eine Bestand habende Demokratie bzw. politisch-gouvernementale Moderne, die ihren Namen verdient, entwickelt. Denn wie auch immer man im Einzelnen Demokratie definieren mag,²⁶ was auch immer die politik- oder staats-theoretischen Kompendien zum Thema Staat und Demokratie sagen:²⁷ „(Die) Grundlage bildet die *conditio humana*.“²⁸ Deutet sich etwa hier schon eine Brücke zum asiatischen Denken an?

Einstweilen sei eine grundsätzliche Schwierigkeit gleich zu Anfang genannt. Wenn hier festgestellt wird, dass schon bei der Themenwahl von einer westlichen Perspektive ausgegangen wird, die es allerdings zu problematisieren gilt, dann wird man zugleich zugeben müssen, dass es um genuine asiatische Antworten nicht reichlich bestellt ist. Die Weitergabe aktuellen staats- und gesellschaftstheoretischen Denkens aus Asien an den Westen erfolgt im Wesentlichen über die großen Kulturkreise der Religionen und in Ansätzen der Philosophie,²⁹ kaum aber über die modernen Sozialwissenschaften, die so gut wie ganz ein Kind der westlichen Wissenschaftsentwicklung sind.³⁰ Wo es gelungene asiatische Beiträge zu ihren eigenen Staaten, Gesellschaften, Demokratien gibt – und das Gleiche gilt analog auch für das gerade in Ost- und Südostasien betriebene Doppelphänomen der Regionalisierung und des Regionalismus – greift man auf analytische Werkzeuge zurück, die man in den USA, im vereinten Europa, in Großbritannien oder in Australien und teilweise auch in Deutschland gelernt hat.³¹ Die Rezeption staats- und gesellschaftstheoretischen Denkens zwischen dem Westen

Die Weitergabe staats- und gesellschaftstheoretischen Denkens aus Asien an den Westen erfolgt über die großen Kulturkreise der Religionen und in Ansätzen der Philosophie, kaum aber über die Sozialwissenschaften.

26 | Vgl. „Demokratie“, in: Brunner, Conze und Koselleck (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 1, 4. Aufl., 1992, 821-899.

27 | Josef Isensee, Paul Mikat, Martin Honecker und Ernst Chr. Suttner, „Staat“, in: *Staatslexikon der Görres – Gesellschaft*, Bd. 5, 7. Aufl., Freiburg/Basel/Wien, 1989, 133-170; Giovanni Sartori, *Democratic Theory*, New York, 1962.

28 | Ottfried Höffe, *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München, 1999, 21.

29 | Vgl. z.B. Swami Vivekananda, *Speeches and Writings*, Jaipur, 1988, 2 Bde.

30 | Eine der wenigen Ausnahmen bildet hier Indien. Vgl. Zoya Hassan, S.N Jaha und Rasheeduddin Kahn (Hrsg.), *The State, Political Processes and Identity. Reflections on Modern India*, Neu-Delhi, 1989; Rajni Kothari, *Politics in India*, Neu-Delhi, 1989.

31 | Hier ist besonders Südkorea zu nennen.

und Asien verläuft asymmetrisch zu Ungunsten der Asiaten, die sich im Regelfall auch im Verhältnis untereinander der englischen Sprache bedienen müssen, um sich verständlich zu machen. Und wir sollten fairerweise hinzufügen, dass die Asymmetrie auch deshalb bis auf Weiteres Bestand hat, weil die überwiegende Zahl der westlichen Politologen, Soziologen, Anthropologen, Ökonomen usw. kaum über den Tellerrand der eigenen Kategorien, Begriffe und Theorien hinausschaut und konzeptuell Fremdes selten oder meist gar nicht zur Kenntnis nimmt. Dem sozialwissenschaftlichen Westen haftet zu beiden Seiten des Atlantiks (in den Amerikas wie in Europa) eine Selbstzentriertheit an, die anderes allenfalls noch in der Form von *area studies* zur Kenntnis nimmt, ohne indessen wesentlich über westliche Beurteilungs- und Kategoriengerüste hinauszukommen.³²

Zum hier zugrunde liegenden Demokratieverständnis ist Folgendes zu sagen: Es rekurriert zum einen auf das im Westen wie in manchen anderen Teilen der Welt (z.B. Japan) gängige Grundverständnis von moderner Verfassungsstaatlichkeit wie freie Wahlen, Gewaltenteilung, berechenbare Institutionalisierungen, ein Minimum an für verbindlich

Über Demokratie zu rasonieren machte wenig Sinn, wenn man nicht eine tragende und ermöglichende soziale Kultur mit bedenkt.

gehaltenen Menschen- und Bürgerrechten, periodisch sich einstellenden Machtwechsel, Trennung von politischer Macht und Religion, Rechtsstaatlichkeit für alle Einwohner ohne marginalisierende Diskriminierungen nach Geschlechtern usw. Einige weitere Elemente sollten Beachtung finden: Über Demokratie zu rasonieren machte wenig Sinn, wenn man nicht eine tragende und ermöglichende soziale Kultur mit bedenkt, die ein erkennbares Maß an Offenheit, Toleranz und struktureller Pluralität mit sich bringt, was auch eine erkennbare säkulare Verhaltenstoleranz einschließt. Demokratie kann ohne den Grundgedanken der Konkurrenz (der Willensbildung, der Machtausübung, der ordnungspolitischen Alternativen) nicht auskommen.

32 | Das zeigte sich schon in den ersten Ansätzen der modernisierungstheoretischen Schulen (etwa bei Gabriel Almond) und sollte sich einige Jahre später in den Dependenztheorien mit etwas anderen Vorzeichen wiederholen. Ganz deutlich dieser westliche Ductus der Konzeptbildung und Argumentation in der zeitgenössischen Literatur zur Globalisierung. Vgl. Manfred Mols, „Asia-Pacific: Why Theory and what Type of it. A View from Political Science“, in: Jörn Dosch und Manfred Mols (Hrsg.), *International Relations in the Asia-Pacific. New Patterns of Power, Interest and Cooperation*, New York, 2000, 7-38.

Demokratie bleibt ein aufgegebenener und stets neu zu realisierender Entwurf. Sie ist nicht etwas ein und für allemal Erreichtes. Zur Demokratie gehört ein deutliches Stück gelebter und erlebter Souveränität. Wird diese von außen erheblich behindert oder gar verweigert, geht jede relative politische Autonomie, d.h. der für Demokratien unverzichtbare Gedanke der Selbstbestimmung, verloren.³³

Wie immer man die Leistungskapazität, die jeweilige Legitimationsbasis oder das Integrationspotenzial einzelner asiatischer Staaten einschätzen mag – und man wird bei genauerem Hinsehen auf erhebliche Unterschiede, oft sogar in den gleichen Ländern stoßen: Man kommt nicht um die dreifache Frage nach Staatsqualität, gesellschaftlicher Offenheit und Demokratie herum, wenn man die Substanz politischer Ordnung in Asien diskutieren will. Im Übrigen bezieht sich die Vorbildsfrage (*soft power*) zunächst auf die unmittelbaren regionalen und/oder subregionalen Nachbarn. Politische Selbstisolierungen sind auch im heutigen Asien immer mehr eine Ausnahme.

Jede Ordnung ist und bleibt auch dann kulturgebunden, wenn sie – wie beispielsweise China³⁴ – über eine viele Jahrhunderte alte Erfahrung in Akkulturationsprozessen verfügt. Kultur sei hier als Identitätssetzung im Strom der Geschichte verstanden, die gleichwohl in einem über „Grenzen“ hinausgehenden und hinausgehenden zivilisatorischen Prozess des Austauschs mit anderem steht.³⁵ Europa selbst ist ein Musterbeispiel für Akkulturationen, die weit über zwei Jahrtausende wirksam waren und es zum Teil geblieben sind. Die Kultureinbindung durch Akkulturation mag sogar aus heutiger Sicht nicht nur in Asien und im Westen für die jeweiligen politischen und sozialen Systeme stabilisierungsfähiger und nach gängigen Kriterien entwicklungsgerechter und leistungsfähiger sein als jede

Europa selbst ist ein Musterbeispiel für Akkulturationen, die weit über zwei Jahrtausende wirksam waren und es zum Teil geblieben sind.

33 | Vgl. zu solchen konzeptuellen Einzelheiten: Manfred Mols, *Demokratie in Lateinamerika*, Stuttgart, 1985.

34 | Vgl. Patricia Buckley Ebry, *China. Eine illustrierte Geschichte*, Frankfurt am Main, 1996.

35 | Vgl. Alfred Weber, *Kulturgeschichte als Kultursoziologie*, hrsg. von Eberhard Demm, Alfred Weber-Gesamtausgabe, Bd. 1, Marburg, 1997; zum Zusammenspiel von Identitätssuche und Identitätsfindung in jeweiligen historisch-sozialen Konditionen vgl. auch Manuel Castells, *Das Informationszeitalter 2*, Opladen, 2002.

strikte kulturelle Abgeschlossenheit. Aber sie allein ist noch kein Garant epochal verbürgter Modernisierung. Man sah dies z.B. für eine Reihe von Jahren für den am japanischen Vorbild orientierten *developmental state*, der in Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur seine Nachahmer finden

Der „Entwicklungsstaat“ hat seine Grenzen erreicht, wenn ein signifikantes Maß gesellschaftlicher Diversifizierung und zivilgesellschaftlicher Mündigkeit erreicht ist.

sollte. Unzweifelhaft hatte sich dieser „Entwicklungsstaat“ als ausgesprochen transiti-
onsgerichtet ausgewiesen, wie es von Jürgen Rüländ,³⁶ der Duisburger Forschergruppe um Claudia Derichs und Thomas Heberer,³⁷ bei Aurel Croissant³⁸ und anderen Autoren analysiert wird.³⁹ Die internationale Forschung und auch die praktische Politik sind sich heute im Klaren darüber, dass der „Entwicklungsstaat“ in dem Moment seine Grenzen erreicht hatte, in dem erstens ein signifikantes Maß vorher unbekannter gesellschaftlicher Diversifizierung und zivilgesellschaftlicher Mündigkeit erreicht war und zweitens die entsprechenden Länder in den die politischen wie die ökonomischen Regime herausfordernden Druck ökonomischer wie politischer Globalisierung gerieten, dem man nicht ausweichen konnte, wollte man mit dem Westen in vielen zentralen Handlungsdimensionen Schritt halten. Die „asiatische Wirtschaftskrise war das Beste, was Asien passieren konnte“, schrieb daher der langjährige Asien-Korrespondent der *New York Times*, Nicholas D. Kristof.⁴⁰

Umwälzungen, eben auch solche politischer Natur, kamen auf die Agenda vieler Staaten. Man muss kein Anhänger Daniel Lerner oder Francis Fukuyamas und ähnlich argumentierender Autoren sein, wenn man die Auffassung vertritt, dass seit geraumer Zeit staatlich-politische Modernität oder ihr Einleitungsprozess „politische Modernisierung“ ein

36 | Vgl. Jürgen Rüländ, *Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung*, Landsberg am Lech, 1998.

37 | Claudia Derichs und Thomas Heberer (Hrsg.), *Einführung in die politischen Systeme Ostasiens*, Opladen, 2003.

38 | Aurel Croissant, *Von Transition zur defekten Demokratie: Demokratische Entwicklung in den Philippinen, Südkorea und Thailand*, Wiesbaden, 2002.

39 | Vgl. zu den oben genannten Ziel- und Leistungsprofilen u.a. Kusuma Snitwongse und Sukhumbhand Paribatra (Hrsg.), *Durable Stability in Southeast Asia*, Singapur, 1987. Für die neuere Diskussion vgl. Michael C. Davies, „East Asia After the Crisis. Human Rights, Constitutionalism and State Reform“, *Human Rights Quarterly* 26, 1/2004, 126-151.

40 | Nicholas D. Kristof und Sheryl W. Dunn, *Ferner Donner: Der neue Aufstieg Asiens*, Berlin, 2002, 21.

weltweit zu beobachtendes Phänomen geworden sind. Es finden auf der globalen Ebene Gestaltungen des Politischen statt, die den Einzelstaat nicht ersetzen, aber ergänzen und zu Korrekturen auffordern.⁴¹ Diese politische Globalisierung spielt sich vor den Augen einer Weltöffentlichkeit ab, die aber kaum zu uniformen Lösungen im Sinne vom Fukuyamas „Ende der Geschichte“ führen wird. Zunächst einmal geht es um eine den Zeitläuften angemessene politische Normalität, um *governance* im Sinne von Funktionalität, mit herkömmlichen Strukturen nicht mehr zu verbindenden Leistungserfordernissen. Ob sich aus *governance* dann *good governance* in Richtung Demokratie entwickelt,⁴² ist zunächst ein Spiel mit Prognosen, die eintreffen, aber auch an der Kontingenz geschichtlicher Entwicklungen vorbeigehen können. Zufallsvariablen mögen hier eine Rolle spielen, nicht erwartete internationale Rahmenbedingungen, das soziale Miteinander der Menschen, revolutionierende technisch-technologische Innovationen, eingreifende Mangelerscheinungen (wie die zunehmende weltweite Wasserknappheit⁴³) und – *last but not least* – kulturelle Prägungen, die man nicht durch einen Demokratisierungsbeschluss von oben oder durch den obwaltenden Ökonomismus unserer Zeit einfach aufheben kann.

Die politische Globalisierung spielt sich vor den Augen einer Weltöffentlichkeit ab, die aber kaum zu uniformen Lösungen im Sinne vom Fukuyamas „Ende der Geschichte“ führen wird.

Die daher seit Langem aktuelle Frage, ob sich nicht auch in Asien die Demokratie im Vormarsch befinde, dies vielleicht trotz mancher Rückschläge, die dann längerfristig wieder korrigiert werden konnten oder korrigiert zu werden scheinen,⁴⁴ setzt ein evolutionäres Geschichtsbild voraus. Eindeutig ist, dass die so genannte Transitionsforschung in Deutschland⁴⁵ mehrheitlich im Banne von Samuel Huntingtons „Dritter Welle“⁴⁶ steht, d.h. einer praktisch weltweiten Demokratieprognose anhängt, die in den

41 | Vgl. Höffe, Fn. 28, 13.

42 | Vgl. Jon Pierre (Hrsg.), *Debating Governance, Authority, Steering and Democracy*, New York, 2000.

43 | Die besonders China und größere Teile Afrikas treffen wird.

44 | Vgl. statt vieler Larry Diamond, Juan J. Linz und Seymour Martin Lipset, *Democracy in Developing Countries: Asia*, Lynne Rienner Publishers, Boulder/London, 1989.

45 | Repräsentativ in der deutschen Transitionsforschung: Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transitionsforschung*, Opladen, 1999.

46 | Samuel P. Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman and London, 1991.

Modernisierungstheorien der 1960er und 1970er Jahre immer schon ein ideologisch-dogmatisches Fundament besaß.

Ist das eine realistische Annahme? Werden wir hier nicht, um eine Kritik von Wilhelm Dilthey aufzugreifen, den „Spinnweben“ eines „dogmatischen Denkens“⁴⁷ ausgesetzt, nämlich einer kulturellen Selbstzentriertheit im Konzeptuellen, die ihre eigene historische Erfahrung als entwicklungspolitische Universalien ausgibt?⁴⁸ Denn mehr als eine ideologisierte Annahme ist das Ausgehen von der westlichen Lebenswelt und ihre Projektion in die Zukunft nicht. (Interessanterweise werden in jüngster Zeit immerhin von amerikanischer Seite Zweifel an einem demokratischen 21. Jahrhundert angemeldet, unter der etwas sarkastischen Überschrift „Democracy’s Sobering State“.⁴⁹)

Es stellt sich an vielen Stellen im Zuge von marktwirtschaftlichen Modernisierungen die Frage nach einem akzeptablen sozialen Ausgleich für die Masse der betroffenen Bevölkerungen.

Amerika könne heute nicht mehr als Modell-Demokratie gelten. Es stelle sich überdies an vielen Stellen im Zuge von marktwirtschaftlichen Modernisierungen die Frage nach einem akzeptablen Erscheinungsbild eines begleitenden sozialen Ausgleichs für die Masse der betroffenen

Bevölkerungen. Auch Europa mit seinen Zwängen zur Eindämmung einer nicht mehr haltbaren, weil überzogenen Sozialstaatlichkeit hat an glaubwürdiger Ausstrahlung nach außen verloren. Damit entschwindet die traditionelle globale Projektionsfähigkeit des alten Kontinentes nicht zuletzt auch in politischer und ökonomischer Hinsicht. Die Zweifel an einer garantierten demokratischen Zukunft der Menschheit unter westlich-universalen Vorzeichen gehen jedoch weiter.

„STAAT“ IN ASIEN

Bei all den prodemokratischen Zukunftsszenarien für Asien kommt man nicht um die Frage herum, ob es denn in Asien überhaupt Staaten oder jedenfalls politische Gebilde gegeben hat, die die historischen Voraussetzungen für eine

47 | Wilhelm Dilthey, „Die Erkenntnis des universalhistorischen Zusammenhanges“, in: ders., *Der Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften*, Gesammelte Schriften, Bd. 7, Stuttgart/Göttingen, 1958, 291.

48 | Typisch das Buch von Wolfgang Zapf (Hrsg.), *Theorien sozialen Wandels*, Köln/Berlin, 1969. Darin u.a. Talcott Parsons, „Evolutionäre Universalien der Gesellschaft“, 55-74.

49 | Thomas Carothers, „Democracy’s Sobering State“, *Current History*, 12/2004, 412-416.

zeitgemäße oder künftige tragfähige Demokratie mit sich gebracht hätten. Bejahende Ansätze dazu sind in der jetzt etwas in Vergessenheit geratenen Wertedebatte aufgetaucht, z.B. sehr explizit bei Kim Dae Jung⁵⁰ und in der koreanischen Gruppe um Hahm Chaibong.⁵¹ Und doch überzeugen solche Argumente nicht ganz. Die gängigen Demokratie-Folien entstammen einer westlichen Zivilisation, die sich nicht in Asien ereignet hat und deren unmittelbare Einlösung auch nicht in Asien passierte⁵² – auch wenn sich dies in folgenden Generationen ändern mag. Vor allem wird bei den Ansprüchen historischer Gleichberechtigung und systemisch-politiktheoretischer Kompatibilität regelmäßig vergessen, dass der Westen konvergierende oder sich ergänzende philosophisch-politische Traditionen kennt und damit bei der Staats- wie bei der Demokratiediskussion abheben kann auf etwas Gewachsenes, das trotz erheblicher Unterschiede in den Details über Basisprinzipien verfügt, die nach allen Seiten zum Tragen kommen,⁵³ wie Sicherung von Frieden und Freiheitsrechten, Machtbegrenzung und Gewaltenteilung, verbindliche Rechtsordnungen für alle, Gleichwertigkeit der Geschlechter und des politischen Status der Bürger, Daseinsvorsorge und Eigeninitiative. Vielleicht darf man Georg Jellineks *Allgemeine Staatslehre*⁵⁴ als ein Kompendium der Konvergenz dieses europäischen politiktheoretischen Denkens bezeichnen. Eine vergleichbare asiatische Arbeit gibt es nach unserer Kenntnis nicht. Die konfuzianischen Denkschulen und Schriften spielten oder spielen im malayischen Kulturraum keine prägende Rolle. Was von buddhistischer Seite über die Formeln und Regeln menschlichen Zusammenlebens geschrieben wurde, hat die

Bei den Ansprüchen historischer Gleichberechtigung wird oft vergessen, dass der Westen konvergierende oder sich ergänzende philosophisch-politische Traditionen kennt und damit bei der Demokratiediskussion auf etwas Gewachsenes abheben kann.

50 | Nachweise bei Manfred Mols und Claudia Derichs, „Das Ende der Geschichte oder ein Zusammenstoß der Zivilisationen?“, *Zeitschrift für Politik* 42, 3/1995, 226-249.

51 | Hahm Chaibong, Hahm Chaihang und David L. Hall (Hrsg.), *Confucian Democracy – Why & How*, Seoul, 2000.

52 | Dies ist ein eindeutiges Ergebnis der von Jaguaribe geleiteten Forschungsgruppe im UNESCO-Projekt A Critical Study of History. Eine Englischsprachige, leider vergriffene Kurzausgabe heißt: „A Critical Study of History“, Rio de Janeiro, 2000; ausführlicher: Helio Jaguaribe, *Un estudio crítico de la historia*, 2 Bde., Mexiko-Stadt, 2001 und 2002.

53 | Vgl. Paul Kirchhoff, *Der Staat – eine Erneuerungsaufgabe*, Freiburg, 2005.

54 | Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre* 3, 7. Aufl., Neudruck, Darmstadt, 1960.

im Wesentlichen römisch-katholischen Philippinen nicht erreicht, das reiche indische Denken über den Menschen, das Jahrhunderte lang Festland-Südostasien und weite Teile des heutigen Indonesien prägte, blieb in der Neuzeit in seiner sozialen Umsetzung im Wesentlichen eine Welt für sich.

Demokratie setzt historisch so etwas wie einen genossenschaftlichen Anfang voraus, und zwar gleichgültig, ob wir mit der Magna Charta, der Mayflower, den Anfangsstadien der Französischen Revolution oder mit den verschiedenen lateinamerikanischen Demokratieversuchen des frühen 19.

So etwas wie eine zeitliche Reife und „Lerntiefe“ mit der Garantie zur Nachhaltigkeit politischer Neuarrangements haben die genossenschaftsähnlichen Aufbrüche in Asien derzeit noch nicht.

Jahrhunderts und ihren Fortsetzungen in den letzten Jahrzehnten beginnen lassen.⁵⁵ Und genau solche genossenschaftlichen Anfänge sind in Asien selten über die Dorfebene hinausgekommen. Heutige zivilgesellschaftliche Aufbrüche, wie wir sie aus Südkorea, Thailand, den Philippinen, jetzt auch aus Indonesien und Malaysia kennen und namentlich in Indien und inzwischen selbst in Teilen Chinas mitbekommen, sind möglicherweise ins Gewicht fallende genossenschaftsähnliche Aufbrüche. So etwas wie eine zeitliche Reife und „Lerntiefe“ mit der Garantie zur Nachhaltigkeit politischer Neuarrangements haben sie nicht – jedenfalls noch nicht, wenngleich sich nicht leugnen lässt, dass im Einzelfall deutliche, ja sogar relativ weitreichende Wirkungen auf die politischen Makroebenen zu beobachten sind (etwa in Indonesien, in den Philippinen und wohl auch in Thailand).

Dass China und Indien, Thailand und Malaysia, die Philippinen und der moderne Stadtstaat Singapur, Indonesien und Japan unterschiedliche Traditionen und aktuelle Strukturen und Entwicklungstrends aufweisen, wird niemand bestreiten wollen. Dennoch gibt es jenseits der strategischen Überlegungen eine Reihe von Gemeinsamkeiten oder zumindest ins Gewicht fallenden Ähnlichkeiten, die Asien vom Westen unterscheiden – radikal oder in klarer Tendenz, je nach Land. Die schon zitierte Duisburger Gruppe⁵⁶ ist darauf nachvollziehbar und komparativ eingegangen. Jedenfalls ist nicht alles, was wir hier im Westen als konstitutiv

55 | Die häufig diskutierte Hinweis auf Athen oder Rom überzeugen nicht, da die Zahl der Sklaven bei weitem die Zahl der Vollbürger übertraf. Demokratie verträgt aber keine radikalen Marginalisierungen.

56 | Vgl. Derichs und Heberer, Fn. 37.

für „Staat“ und „Gesellschaft“ und vor allem für ihr Wechselverhältnis unter dem Rubrum „Demokratie“ ansehen, Staats- oder Gesellschaftsaltag oder gar eine ordnungspolitische Grundvorstellung. Nicht nur deshalb halten wir Überlegungen für interessant, die auf eine möglicherweise ansetzende „Asiatisierung Asiens“ abheben.⁵⁷

„Meaning systems“ aus der tatsächlichen oder mutmaßlichen Kraft asiatischer Traditionen und die Zwänge der Identitätsbehauptung im Zuge der den früheren westlichen Imperialismus graduell ablösenden Globalisierung überschneiden sich hier. Asiatisierungsüberlegungen setzen daher regelmäßig an den Debatten über Regionalisierung, asiatische Werte und einen moralischen Aufbruch sowie an den Diskussionen um Nicht-Westlichkeit an.⁵⁸ Die Diskussionen mit westlichem Denken verschmelzen oft.⁵⁹ Allerdings: Lassen Hinweise dieser Art darauf schließen, dass solche Überlegungen schon so ausgereift sind, dass sie in Richtung einer künftig einigermaßen symmetrischen interkulturellen Hermeneutik verweisen? Vorläufig sind Zweifel angebracht.

Asiatisierungsüberlegungen setzen regelmäßig an den Debatten über Regionalisierung, asiatische Werte und einen moralischen Aufbruch sowie an den Diskussionen um Nicht-Westlichkeit an.

„Staat“ in der bekannten Jellinekschen Trias von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt ist eine europäische politische Ordnungskategorie, die mit der Spätrenaissance anfängt. Für Asien sollte man für damalige Zeiten, für die Jahrhunderte davor und für später besser von Autoritäts- oder Herrschaftsbeziehungen sprechen,⁶⁰ in wenigen konkreten Fällen auch von Reichen (wie etwa China oder Japan

57 | Vgl. Manfred Mols, „Is there an Asianisation of Asia? The New Millennium in Asia and the Identity Debate“, *Panorama*, 1/2004, 07/2004, 57-64, <http://kas.de/politikdialog-asien/de/publications/5185> [30.05.2012]; Toru Oga, „Debating Asianisation: Exploring a Triangular Relation among Globalisation, Regionalism and Regionalisation“, in: Amitaqv Acharya und Lee Lai To (Hrsg.), *Asia in the New Millenium*, APISA First Congress Proceedings 27-30 November 2003, Singapur, 2004, 429-451.

58 | Vgl. David Birch, Tony Shirato und Samjay Srivastava, *Asia: Cultural Politics in the Global Age*, Crows Nest (Australien), 2001.

59 | Vgl. Muthiah Alagappa, *Political Legitimacy in South East Asia. The Quest for Moral Authority*, Stanford, 1995.

60 | Vgl. Lucian W. Pye, *Asian Power and Politics*, Cambridge/London, 1965. Siehe auch Donald G. McCloud, *Southeast Asia. Tradition and Modernity in the Contemporary World*, Westview Press, Boulder, 1995.

oder zeitweilig Korea). Aber es würde bis ins 19. und oft bis ins 20. Jahrhundert wenig Sinn machen, mit einem Konzept eindeutiger nationaler Grenzen, einigermaßen zentral organisierter nationaler (oder gesamtverbandlicher) Gewalt und eines ebenso einigermaßen identischen Volkskörpers zu arbeiten. Das gilt immer noch für einzelne Teile des heutigen Südostasiens,⁶¹ aber auch für das frühere, nicht in eigentliche Staaten aufgeteilte Indien⁶² und selbst für China. Wo es transherrschaftliche Beziehungen nach außen gab, handelte es sich im Regelfall um Klientelbeziehungen im Ausstrahlungsbereich des dominanten Herrschaftsverbandes.

Wo es transherrschaftliche Beziehungen nach außen gab, handelte es sich im Regelfall um Klientelbeziehungen im Ausstrahlungsbereich des dominanten Herrschaftsverbandes.

Die heutige Staatsstruktur Malaysias mit ihrem Zusammenschluss von Sultanaten erinnert noch stark an diese Tradition der vorstaatlichen Herrschaftsbeziehungen. Sieht man sich etwa Myanmar an, erkennt man rasch, dass die Definition von Jellinek hier nie gepasst hätte und bis heute nicht greift, dies nicht einmal in formaler Hinsicht.

Vollends „Demokratie“ ist, wie jetzt schon mehrfach betont, eine europäische und später europäisch-amerikanische Zuordnungskategorie von politischer Autorität und dem, was man gemeinhin als Gesellschaft in der Summe ihrer Individuen und der Vielfalt ihrer kollektiven Zusammenhalte bezeichnet. Wie immer wir uns daher zum Thema Staat und Demokratie im zeitgenössischen Asien äußern wollen – optimistisch, skeptisch, *achievement*-orientiert, im Gefolge der *Third World*-Philosophie Huntingtons oder im Aufgreifen jener Einschränkungattribute, wie sie in Teilen der Transitionsforschung in der Überzeugung auftauchen, die jetzt oft noch „defekte“ Demokratie werde sich auch in Asien eines Tages durchsetzen und dann ohne Zusatzprädikate auskommen, – müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass wir mit kognitiven Gerüsten arbeiten, die der malaysische Kollege A.B. Shamsul⁶³ und andere

61 | Vgl. David Josef Steinberg (Hrsg.), *In Search of Southeast Asia. A Modern History*, Sidney/Wellington, 1987.

62 | Vgl. Hermann Kulke und Dietmar Rothermund, *Geschichte Indiens*, Stuttgart, 1982.

63 | A. B. Shamsul, „The European-American-Asian Knowledge Complex. A Critical Commentary“, in: K.S. Nathan (Hrsg.), *The European Union, United States and ASEAN. Challenges and Prospects for Cooperative Engagement in the 21st Century*, London, 2002, 139-155.

Forscher⁶⁴ als ein *colonial knowledge* bezeichnet haben, eine Perspektive, die schon Edward W. Said⁶⁵ in verschiedenen Arbeiten vorweggenommen hatte.

TRANSITION IN PARTIZIPATIVE RICHTUNG?

Wenn der lange Zeit einflussreiche Ex-Premier Malaysias, Mahathir Mohamad, Demokratie vor allem als starke politische Führung, Wahlen und Entwicklungsdynamik definiert,⁶⁶ dann stehen Stabilitäts-, aber nicht Partizipationsgesichtspunkte im Vordergrund. Lee Kuan Yew hat seine im Jahre 2000 vorgelegten Memoiren mit der stolzen Überschrift versehen *From Third World to First*.⁶⁷ Der Entwicklungserfolg Singapurs sei unbestritten und ist in der Tat zu einem erheblichen Teil dem langjährigen Premier zu verdanken. Doch zur Ersten Welt gehört auch ein politisches System der Offenheit, der Konkurrenz und des Pluralismus, was im Singapur Lee Kuan Yews nie politische Wirklichkeit war und allenfalls jetzt mit noch sehr zarten Hoffnungen für die Zukunft verbunden werden kann.

Indien hat Jahrzehnte lang mit dem Widerspruch zwischen Demokratiebekenntnis und der radikalen Praxis der Ungleichheit im religiös abgeleiteten Kastenwesen leben müssen.

Indien, oft als die größte Demokratie der Welt bezeichnet, hat Jahrzehnte lang mit dem Widerspruch zwischen Demokratiebekenntnis und der radikalen Praxis der Ungleichheit im religiös abgeleiteten Kastenwesen leben müssen. Das große Indonesien ist in den langen Aufbaujahren vor der Asienkrise alles andere als eine Demokratie gewesen. Brunei schon gar nicht. Thailand und die Philippinen sind es nur bedingt, begleitet von unübersehbaren Tendenzen der Regression. Kambodscha steht nach Krieg und Bürgerkrieg am Anfang einer Transition, die eher auf Normalstaatlichkeit als schon auf Demokratie abzielt. Die vier noch verbliebenen kommunistischen Staaten VR China, Vietnam, Laos und Nordkorea weisen unterschiedliche Transitionsleistungen auf, die jedoch allesamt nicht das Urteil eines

64 | Vgl. Claudia Derichs, „Geschichte von gestern – Geschichte von heute: Asiatische Perspektiven“, in: Peter Birle et al. (Hrsg.), *Globalisierung und Regionalismus. Herausforderungen für Staat und Demokratie in Asien und Lateinamerika*, Opladen, 2002, 19-36.

65 | Besonders in Edward W. Said, *Kultur und Imperialismus*, Frankfurt am Main, 1974; ders., *Orientalism*, London, 2003 (zuerst 1978).

66 | Mahathir Mohamad, *Reflections on Asia*, Subang Jaya, 2002.

67 | Lee Kuan Yew, *From Third World to First. The Singapore Story: 1965-2000*, Harper Collins, New York, 2000.

Trends zur Demokratie bestätigen würden.⁶⁸ Allenfalls lassen sich (z.B. für die VR China oder Vietnam) Transitionen konstatieren, die mehr mit den Folgen sozioökonomischer Veränderungen als mit einer neuen innenpolitischen *grand strategy* zu tun haben. Demokratien sind sie nicht einmal in der ohnehin fragwürdigen Qualifikation „defekter“ Demokratien. Am Ende bleiben Taiwan und Südkorea übrig als politische Gebilde gegenwärtiger demokratischer Stabilität.

Ein sich an vielen Stellen vorsichtig einstellender Konstitutionalismus bringt sicher Transparenz und ein Stück Berechenbarkeit, was traditionell den meisten Ländern der Region abgeht. Die in den 1990er Jahren zu beobachtenden Demokratieanstrengungen sind immer wieder einem *authoritarian developmentalism* zum Opfer gefallen. *Unique patterns* lassen sich am besten übersetzen mit eigenem kulturellem Erbe, der konkreten religiösen und ethnischen Situation, auch mit spezifischen geostrategischen Exponiertheiten. Der burmesische Norden liegt im Spannungsfeld zwischen China und Indien; Singapur muss sich in einer rein malaisischen Umgebung behaupten usw.

Jenseits von vorhandenen oder nicht vorhandenen Staats- und Gesellschaftstraditionen sind natürlich seit dem 20.

Jahrhundert Staatsvorstellungen bzw. Staatselemente festzustellen, die Asien mit anderen Teilen der Welt, auch mit uns, teilt. Der Wille, in *governance*- bzw. Modernisierungskategorien zu denken, ist unübersehbar. Die technokratische Einfärbung der asiatischen

Unübersehbar ist die Leistungsfähigkeit der sich modernisierenden politischen Systeme. Zivilgesellschaftliche Regungen oder sogar massivere zivilgesellschaftliche Potenziale sind in Asien seit Jahren feststellbar.

Politik nimmt eindeutig zu. Letzteres läuft – trotz weit verbreiteter Klientelschaften und ebenso verbreiteter Korruption – auf eine wachsende Professionalisierung zugunsten einer qualifizierteren Regierungsfähigkeit als in früheren Zeiten hinaus. Unübersehbar ist die Leistungsfähigkeit der sich modernisierenden politischen Systeme. Zivilgesellschaftliche Regungen oder sogar massivere zivilgesellschaftliche Potenziale sind an vielen Stellen seit Jahren feststellbar. Vor allem das Entstehen neuer Interessengruppen hat viel mit der Öffnungs- und Veränderungswirkung ökonomischer Modernisierungen zu tun, die

68 | Vgl. u.a. Commonwealth of Australia, Department of Foreign Affairs and Trade (Hrsg.), *The New Asians. Vietnam, Burma, Cambodia & Laos*, Canberra, 1997.

dann über kurz oder lang bildungspolitische Konsequenzen zeitigen und auch eine sozioökonomisch geprägte politische Qualität annehmen können, die dann in partizipative Richtungen weisen. Wahlen sind heute in den meisten Ländern Ost- und Südostasiens unverzichtbare Elemente der Legitimitätsherstellung geworden, man denke an die in einigen Ländern eingeführte Verfassungsgerichtsbarkeit und an einen aufgekommenen Parlamentarismus, den man nicht einfach übersehen kann.⁶⁹ In Indien gilt das sowieso. Die Liste solcher positiver Beispiele ließe sich fortsetzen. Sie weisen unzweifelhaft in Richtungen deutlicher politischer Modernisierungen und angefangener prodemokratischer Tendenzen, ohne dass man dabei in der Mehrzahl der hier gemeinten Staaten eine voll abgedeckte Demokratiebescheinigung westlicher Prägung ausstellen könnte und ohne dass man im Sinne Huntingtons oder Fukuyamas die Endpunkte dieser innerasiatischen politischen Entwicklungen prognostizieren könnte.

Der Sprung von höchstgradig personalisierten und autoritären Gebilden zum damals ein gutes Stück rationaleren *developmental state* war ein wesentlicher Schritt des Sich-Befreiens aus einer Tradition, deren Aufrechterhaltung Stagnation bedeutet hätte. Die Auflösung des *developmental state* im Zuge seiner eigenen Erfolge war ein zweiter, die Wende zu zivilgesellschaftlich getragenen Partizipationsvorstellungen ein dritter. Diese Stufen treffen nicht für alle Länder zu, aber wo sie sich einstellten und eine entsprechende Performanz und erkennbare entwicklungspolitische *policy outcomes* vorweisen, stellt sich eine gewisse politische Sogwirkung ein, deren Logiken übrigens Huntington nachvollziehbar im zweiten Kapitel von *The Third Wave* dargestellt hat. Es gäbe Parallelentwicklungen, die schon deshalb einzuhalten seien, weil die asiatischen Länder sich nicht nur im Verhältnis zum Westen, sondern auch untereinander in der Situation konkurrierenden Fortschritts befänden und damit unter den Druck des Aufholens geraten. Schneeball-Bildung (*snow-balling*) ist gerade in einer Welt der Globalisierung ein weiteres Argument des wechselseitigen Aufeinanderachtens. Wie skeptisch, gebrochen, ja sogar ablehnend einzelne Länder oder Gesellschaften oder zumindest ins Gewicht fallende soziale Schichten der

69 | Vgl. Jürgen Rüländ et al., *Parliaments and Political Change in Asia*, Singapur, 2005.

Globalisierung auch stehen mögen: Dass man sich ihr nicht entziehen kann, haben die meisten verantwortlichen Asiaten begriffen, auch, dass es besser ist, zum Club der *rule makers* als zu dem der *rule takers* zu gehören.

Ein weiteres Element nennt Huntington *prevailing nostrum*, was sehr mit den Asiatisierungsüberlegungen der Gegenwart zusammenhängt, auch mit einem Zeitgeist, der ähnliche Antworten auf vergleichbare Herausforderungen plausibel erscheinen lässt. Und die vergleichbarste Herausforderung ist nun einmal im heutigen Asien die Furcht vor einer Amerikanisierung, die – nicht nur nach dortiger Auffassung – den Globalisierungsprozess zu monopolisieren scheint. Die andere heißt Zeitgeist, hat aber auch viel mit den intraregionalen, transgouvernementalen und transnationalen Vernetzungen moderner Politik zu tun, auch wenn solche Vernetzungen in Asien noch bei Weitem nicht so ausgeprägt sind wie in Europa oder in Lateinamerika, weil unter anderem die Religionen, asiatische Parteien- und auch Parlamentsorganisationen noch keine systemprägend ins Gewicht fallenden Größen sind und weil auch die regionalen Integrations- und Kooperationskörperschaften (ASEAN, ASEAN+, SAARC) im Gegensatz zu den politischen Philosophien im heutigen Europa oder in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) keinen Demokratisierungsdruck auf ihre Mitglieder ausüben. Und weil Souveränität immer noch trotz mancher Relativierungsdiskussionen und -versuche⁷⁰ eine immer noch fast tabuisierte Kategorie bleibt. Das wiederum hängt mit mehreren Dingen zusammen. Von Japan abgesehen, hat sich die Bildung und Unabhängigkeit der meisten asiatischen Länder erst in den letzten zwei Generationen ergeben, so dass die vorhin angedeuteten Vernetzungen und integrationspolitischen Verschränkungen von den politischen Eliten dann mit einer erheblichen Zurückhaltung angesehen wurden und oft immer noch werden, wenn sie auf eingreifende Situationswechsel hinauslaufen, die „von außen“ induziert werden. Eine Reihe anderer und den vollen Durchbruch zu einer modernen Staatlichkeit demokratischer Qualität bremsender Faktoren kommt von keineswegs abgelegten Traditionselementen her – wie z.B. der „Häufigkeit politischer Dynastien“,⁷¹ dem

70 | Zum neuesten Stand auf diesem Gebiet vgl. Jörn Dosch, *Southeast Asia in World Politics*, London, 2005.

71 | Hier und zum folgenden vgl. das Schlusskapitel von Derichs und Heberer, Fn. 37.

Pluralität lähmenden Klientelismus einschließlich der begleitenden Günstlingswirtschaft, der Konzentration auf eine beruhigende politische Stabilität autoritärer Letztgarantie usw. Bei all dem lässt sich dennoch nicht übersehen, dass externe Akteure der Entwicklungszusammenarbeit (Durchführungsorganisationen für Entwicklungshilfe, Politische Stiftungen, *epistemic communities*, die auf *governance* ausgerichtet sind) einen gewissen, oft spürbaren Druck zugunsten von Demokratisierung zustande bringen. Das Endergebnis all dieser Entwicklungen mag eine asiatische Demokratie sein, die sich nicht, wie Mahathir Mohammad immer wieder betonte, an europäischen oder nordamerikanischen Vorbildern orientiert – eine Vorstellung, die in Spielformen quer durch die meisten asiatischen Länder geht.

Denkbar und sogar wünschenswert ist eine Demokratie, die bei aller Ambivalenz, Widersprüchlichkeit und Ungleichzeitigkeit des jeweils Erreichten aus einer „Verschmelzung kultureller Besonderheiten mit westlich-liberalem Gedankengut“⁷² entstehen könnte. Ungefähr auf dieser Linie fasst Clark D. Neher seine langjährigen Erfahrungen mit Südostasien zusammen: „Jede einzelne Nation [...] ist dabei, mit dem Wechsel fertig zu werden auf Wegen, die schwierige Probleme und Alternativen schaffen. Die Wahlmöglichkeiten sollten nicht an westlichen Standards gemessen werden, sondern an der eigenen Geschichte jeder Nation. Zusammengefasst: Südostasien ist es wert, nach eigenen Kriterien beurteilt zu werden.“⁷³ Asien adaptiere in politischer Hinsicht, aber adoptiere nicht. Hier schließt sich der Kreis zum Akkulturationsphänomen. Ein Stück entschiedener hatte Kishore Mahbubani geurteilt: Die Zukunft Asiens und auch des Planeten liege in der „Fusion der Zivilisationen“.⁷⁴ Dies im Prinzip zu begrüßen, also dem „Aufstieg der Anderen“⁷⁵ zuzusehen und ihn als notwendig zu empfinden, kann aber nicht bedeuten, substantielle westliche Werte zu relativieren, weil die alternativen Kompromisse unbekannt sind.

72 | Rüländ, Fn. 36, 274.

73 | Robert Dayley und Clark D. Neher, *Southeast Asia in the New International Era*, Westview Press, Boulder/Oxford, 4. Aufl., 2002, 285.

74 | Kishore Mahbubani, *Can Asians Think?*, Times Books Int., Singapur, 1998.

75 | Vgl. Fareed Zakaria, *Der Aufstieg der Anderen. Das postamerikanische Zeitalter*, Siedler, München, 2008.